

Schmerikon hält an Einsprache gegen den Doppelspur-Ausbau fest

Die Vorbehalte konnten nicht ausgeräumt werden: Die Gemeinde Schmerikon hält weiter an ihrer Einsprache gegen den Doppelspur-Ausbau fest. Damit verzögert sich das 55-Millionen-Franken-Projekt erneut. Im schlimmsten Fall droht ein Gang vor das Bundesgericht.



Die Barriere zum Schmerkner Industriequartier an der Allmeindstrasse wird mit der Realisierung der Doppelspur künftig länger unten bleiben. Eine Tatsache, die die Gemeinde nicht einfach so hinnehmen will. Bild: Moritz Hager

Die Ampel für den Doppelspurausbau Uznach-Schmerikon bleibt weiter auf Rot. Trotz intensiver Verhandlungen und einem gemeinsamen Augenschein aller am Projekt beteiligter Parteien vor Ort, habe man keine Einigung erzielen können, das teilte die Gemeinde Schmerikon am Donnerstag mit. Sie wird ihre Einsprache gegen das 55-Millionen-Franken-Projekt der SBB darum weiter aufrecht erhalten.

«Es ist eine Einsprache gegen die Auswirkungen des Doppelspur-Ausbau, nicht gegen das Projekt selber», hält der Gemeindepräsident Félix Brunschwiler (parteilos) fest. Schmerikon fehle keineswegs das Verständnis für das Anliegen des Kantons und der Region. Aber: «Die Verbesserungen für Region und Kanton stehen in grossem Kontrast zu den erheblichen Nachteilen für Schmerikon.»

Barriere sorgt für Stau im Dorf

Der Doppelspur-Ausbau Uznach-Schmerikon bringt für das Linthgebiet einige betriebliche Veränderungen mit sich: Durch die Verlängerung der S4 über Uznach hinaus nach Rapperswil werden zwei stündliche Direktverbindungen zwischen der Kantonshauptstadt und der zweitgrössten Stadt des Kantons möglich. So wird die Personen-Transportkapazität zwischen Uznach und Rapperswil erheblich erhöht. Ergänzend werden die S4 sowie die S6 halbstündlich alle Stationen zwischen Rapperswil und Ziegelbrücke bedienen.

Für Schmerikon kommen diese Fahrplanänderungen im Gegensatz zum Rest der Region einem Leistungsabbau gleich. So hätte das Seedorf künftig keine direkte Verbindung mehr nach St.Gallen. Noch schwerer wiege gemäss Brunschwiler aber die Tatsache, dass der jeweils halbstündliche Umstieg in Uznach binnen drei Minuten, verbunden mit einem Perronwechsel, zu erfolgen hat. Auch bestehe in Rapperswil neu ein Anschlussbruch in Richtung Innerschweiz und Gotthard. Schmerkner, die diese Route wählen, müssen in Rapperswil neu 26 Minuten auf ihre Weiterreise warten. Hinzu komme: «Für die wichtigste Verbindung, jene nach Zürich, ist der perrongleiche Umstieg von und zur S5 nicht abschliessend bestätigt.» SBB und Kanton stellten diesen zwar in Aussicht. Nach dem Motto «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser», will Brunschwiler aber nicht auf ein Verprechen bauen.

Ein weiterer Kritikpunkt der Gemeinde Schmerikon, betrifft die Barriere an der Allmeindstrasse. Diese bleibt mit der Einführung der Doppelspur und der Stadtbahn Obersee zukünftig länger geschlossen. Das Industriegebiet hinter der Barriere ist aber nur über die Allmeindstrasse erschlossen. Bereits heute führe die Schliessung des Bahnübergangs mit jeweils vier Schliessungen von zwei bis drei Minuten pro Stunde zu den Spitzenzeiten zu einem Rückstau bis in die Ortsdurchfahrt, schreibt die Gemeinde. Mit dem neuen Fahrplan würden die Schliessungszeiten zwei Mal pro Stunde bis zu sieben Minuten betragen und damit in Spitzenstunden einen erheblichen Rückstau provozieren. «Trifft dieser Rückstau auf den «Überlauf» der A53, ist das Verkehrschaos vorprogrammiert.»

BAV muss Entscheid fällen

Ursprünglich hatten die SBB vorgesehen, das neue Gleis im Dezember 2019 in Betrieb zu nehmen. Aufgrund der Einsprachen seitens der Gemeinde Schmerikon und drei weiterer Parteien, darunter auch die Nachbargemeinde Uznach, verzögerte sich dieser Plan jedoch bereits um ein Jahr. Nun zieht sich die Projektrealisierung erneut hin. Die Inbetriebnahme auf Dezember 2020 sei aufgrund der momentanen Situation nicht mehr realistisch, sagt SBB-Mediensprecher Daniele Pallecchi.

Auch beim Kanton sieht man das ähnlich: «Solche Einspracheverfahren können bis zu vier Jahre dauern, wenn sie bis ans Bundesgericht gezogen werden», sagt Patrick Ruggli vom St.Galler Amt für öffentlichen Verkehr. Von Seiten des Kantons würde eine derartige Verzögerung sehr bedauert. Die Entscheidungshoheit, wie es mit dem Projekt Doppelspur weitergeht, liegt nun aber beim Bundesamt für Verkehr (BAV). Dieses hat zu entscheiden, wie mit den Einsprachen umgegangen wird.

Ob die drei übrigen Rekurrenten ihre Einsprachen ebenfalls weiter aufrecht erhalten, war bis Redaktionsschluss nicht zu klären. (Zürichsee-Zeitung)